Ausgabe für Berlin und Umgegend.

Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentägl. dreimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Jed. Montag „Zeitgeist", jed. Mittwoch „Technische Rundschau", jed. Donnerstag Sonntag illustr. Halbwochenschrift „Der Welt-Spiegel", jed. Freitag das illustr. Blatt „U.T.K.", Sonnabend „Haus und Garten"; täglich „Sportblatt", „Zentralmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- u. Geldverkehr". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzb. d. d. Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Durch die Postanstalten 6.90 M. exkl. Zustellungsgebühr, Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatl. 2.10 M., viertelj. 6.30 M. frei ins Haus. Direkt unter Kreuzband monatl.: für Ausland 8 M., für Inland 6 M. In Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition, SW. 19, Jerusalemer Str. 46-49, ferner: Amt Zentrum, Nr. 10131-10142, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 90 Pf. („General-Anzeiger" 60 Pf., „Wohnungs-Anzeiger" 50 Pf.). Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin, Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46-49 und deren Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 23, Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48, Schönhauser Allee 144, Moritzplatz, Rathenower Str. 3, Turmstr. 61, Schiffbauerd. 4, Str. Frankf. Allee 81, Frankf. Allee 61/62; Blücherstr. 69, Wiener Str. 1-6, Pernlauer Allee 54, Fennstr. 1, Badstr. 55; Charlottenburg: Lauenburgerstr. 2, Kantstr. 54, Scharrenstr. 39, Nürnbergerstr. 25/26; Friedenau: Rheinstr. 19, Hasenheide-Grunewald: Hohenzollernplatz, Fichtenberg: Frankfurter Chaussee 130; Fichtenfelde-Weg: Garnstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41, Pankow: Bornholmer Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 23/24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 90; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 98/99, in der Provinz: Brandenburg a. H.: Steinstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4; Potsdam: Brandenburger Str. 23, Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 312
43. Jahrgang

Dienstag
23. Juni 1914

Die Politik der Bundesstaaten.

I.

Der neue Kurs in Baden.

Von [Nachdruck verboten.]

Landtagsabgeordnetem **Venedey**, Konstanz.

Was man in den politisch interessierten Kreisen unseres Landes längst fühlte und empfand, haben die Kämpfe der letzten Wochen in der zweiten badischen Kammer und auch vor der breitesten Oeffentlichkeit klargestellt: die Regierung des Landes, das man so lange Zeit und zeitweilig mit Recht als ein „liberalen Musterstaat" bezeichnete, will ihren Frieden mit dem Zentrum und den Konservativen und ist bereit, zu diesem Zweck den Kurs nach rechts zu nehmen und weitgehende Konzessionen zu machen. Die ersten Anzeichen für diese Schwenkung liegen allerdings schon ziemlich lange zurück. Während die „Karlsruher Zeitung", das offizielle Organ der badischen Regierung, den Großblock bei seinem ersten Abschluß anläßlich der Landtagswahlen des Jahres 1905 in einem allgemein auf den damaligen Minister des Innern Dr. Schenkel zurückgeführten Artikel ziemlich unverblümt billigte und guthieß — es ist nicht unmöglich, daß jener Artikel den späteren Rücktritt Schenkels, eines hochbegabten und wirklich liberalen Mannes herbeiführte —, mußten wir bald darauf erleben, daß sich die Regierung immer wieder mit wachsender Entschiedenheit und Heftigkeit gegen den Großblockgedanken wendete und keine Gelegenheit vorüberließ, ihn durch ihr Organ und durch den Mund der Minister zu bekämpfen. Dabei muß es auch dem blödesten Auge klar sein, daß der Großblock, solange wir nicht die Verhältniswahl haben, die einzige Möglichkeit ist, in Baden eine klerikal-konservative Mehrheit zu verhindern und damit die Voraussetzung für jede, auch die allerbescheidenste liberale Politik zu schaffen. Ohne den Abschluß des Großblocks würden Zentrum und Konservative seit 1905 die Mehrheit der zweiten Kammer bilden und zum Beispiel bei den Landtagswahlen des vorigen Herbstes zirka 42 oder 43 Mandate von insgesamt 73 erobert haben, während der Großblock sie auf 34 beschränkte (29 Zentrum, 5 Konservative oder, wie sie sich hierzulande nennen, „rechtsstehende Vereinigung"). Das weiß in Baden jedes Kind. Es bedeutete also eigentlich eine Art von politischem Selbstmord, wenn das sich noch immer als liberal bezeichnende Ministerium fortgesetzt gegen die Grundlage jedes Liberalismus in Baden, eben den Großblock, Sturm lief. Trotzdem war man geneigt, das auf Rechnung der schwierigen Lage des Ministeriums zu setzen. Man weiß ja, welche beinahe abergläubische Furcht und Abneigung gegen alles, was irgendwie „mit der Sozialdemokratie zusammenhängt, in unseren hohen und höchsten Kreisen herrscht und mit welcher Virtuosität diese Empfindungen von Scharfmachern und unverantwortlichen reaktionären Ratgebern, an denen es auch bei uns nicht fehlen soll, gegen jeden freieren Regungen verdächtigen Staatsmann ausgebeutet werden.

Heute weiß man aber weiter, daß nicht nur das Bestreben, sich in diesem Punkte mit der maßgebenden Stelle in Einklang zu halten, „die Sprache eines Ministers in einem monarchischen Staate zu führen", wie sich Freiherr v. Bodman unlängst ausdrückte, die Haltung der Regierung diktierte, sondern außerdem der Wunsch, sich mit Zentrum und Konservativen auf einen erträglichen Fuß zu stellen und eine Art von klerikal-konservativ-rechtsnationalliberaler Sammlungspolitik zu betreiben, die den Großblock ausschaltet oder innerlich lahm legt und ihre ganze Schärfe nach links, gegen Fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokratie wendet.

Daß hierüber Klarheit geschaffen ist, verdanken wir in erster Linie dem Auftreten des Ministers für Kultus und Unterricht, Dr. Böhm, bei der Beratung seines Ressorts in der zweiten Kammer, die im vorigen Monat stattfand. Der gleiche Mann, der bei Antritt seines Amtes vor einigen Jahren als Schwiegersohn des verstorbenen nationalliberalen Führers Fieser und als „Jungliberaler" von dem Zentrum mit einem wahren Wutgeheul empfangen wurde und auch noch in den letzten Monaten gelegentlich wegen seiner Haltung in der Frage der geistlichen Lehrer (Theologen, die auch ein philologisches Staatsexamen abgelegt haben) und ihrer Verwendung in den Mittelschulen auch nach erfolgter Leistung des Modernoteneides Gegenstand schärfster Angriffe von jener Seite war, ist heute der anerkannte Liebling der gesamten Rechten und wird von der Presse und den Rednern des Zentrums als ein wahrhaft konservativer Staatsmann gefeiert und belobt. Und diese Anerkennung hat er in der Tat verdient. Ganz abgesehen davon, daß heute nach der Haltung des Ministers kein Mensch mehr an der baldigen Zulassung von Ordensniederlassungen im Lande zweifelt, hat Herr Dr. Böhm in einzelnen Fragen die frühere liberale Praxis völlig aufgegeben, so in der Behandlung der Freireligiösen, über den vor wenigen Jahren geschaffenen liberalen Dissidentenparagraphen (der die Dissidentenkinder von dem Zwang zum Besuch des Religionsunterrichts befreite) hat er in offenem Landtag sein Bedauern ausgesprochen, in anderen Fragen, die noch vor kurzem Gegenstand des Streites zwischen ihm und der Kurie waren, wie die oben erwähnte der geistlichen Lehrer, mitten im Kampf den Rückzug angetreten. Vor allem aber hat er den bekannten Antrag Muher, der Lehrer, die aus Gewissensbedenken den Religionsunterricht nicht erteilen wollen oder wegen Entziehung der missio canonica, der Ermächtigung durch die geistliche Behörde, nicht erteilen können, vor Maßregelungen und dienstlichen Nachteilen schützen wollte, mit einer Schärfe und Leidenschaftlichkeit, mit Gründen und Tönen bekämpft, wie man sie seit Menschengedenken im liberalen Baden von keinem Minister vernommen hatte und wie sie einem konservativen preußischen Minister alle Ehre gemacht hätten. Und als ob es noch notwendig gewesen wäre, den Grund dieser Schwenkung auszudrücklich auszusprechen, gab er den Sozialdemokraten zu verstehen, sie bekämpften den Einfluß der Kirche in der Schule nur, weil sie in ihm ein Hindernis auf ihrer Siegesbahn erblickten, und eben deshalb mache er diesen Kampf nicht mit. Also auch hier der Gedanke, daß die Sozialdemokratie die größte Gefahr und die Kirche, richtiger die politisierende und herrschgewaltige Geistlichkeit und ihr ungeheurer Einfluß auf den katholischen Volksteil, das einzige Bollwerk gegen diese Gefahr sei. Und in ähnlichen Gedankengängen bewegte sich kurz darauf der Minister des Innern, Freiherr v. Bodman, als er, der bis vor kurzem als ein grundsätzlicher Anhänger des Proportionalwahlsystems gegolten hatte, dessen Einführung, die von fortschrittlicher und nationalliberaler Seite beantragt worden war, mit großer Entschiedenheit ablehnte und als ein Hauptbedenken bezeichnete, es garantiere der sozialdemokratischen Partei eine Anzahl von Sitzen, die ihr von keiner Koalition der anderen Parteien abgenommen werden könnten.

Es ist klar, daß die hier skizzierte Politik der badischen Regierung von allen Leuten, denen es auf die Sache und nicht auf den Namen ankommt, als eine liberale nicht mehr bezeichnet werden kann und den schärfsten Widerstand herausfordert. Leider scheint man das in der badischen nationalliberalen Partei nicht einzusehen. So brachte sie es nicht über sich, im Landtag dem erwähnten Antrag Muher zuzustimmen, obgleich er doch nur eine vom liberalen Standpunkt selbstverständliche Konsequenz der Gewissensfreiheit darstellt und sich auch mit dem Geist des badischen Schulgesetzes und unseres Gesetzes über die Stellung und Rechte der Kirchen im Staat durchaus im Einklang befindet. In dieser und in einer Anzahl weiterer Fragen der letzten Monate zeigte die Abstimmung jeweils eine Konstellation, die dem derzeitigen badischen Ministerium als Ideal vorschweben mag, aber von unserem Standpunkt durchaus nicht erfreulich ist: auf der einen Seite eine starke Mehrheit, bestehend aus Zentrum, Konservativen und Nationalliberalen, auf der anderen eine aus Fortschrittlern und Sozialdemokraten zusammengesetzte, verhältnismäßig schwache Minderheit.

Alle diese Dinge eröffnen keinen freundlichen Ausblick in die Zukunft unseres Landes und können auch nicht ohne jeden Einfluß auf die Beziehungen zwischen den bisher im Großblock taktisch vereinigten Parteien bleiben. Es ist möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich, daß die harte Notwendigkeit, der Trieb der Selbsterhaltung auch bei den nächsten Landtagswahlen den Großblock für die Stichwahlen noch einmal in die Erscheinung treten lassen. Aber es ist klar, daß sein höherer Zweck, der ihn sozusagen ethisch rechtfertigte, ihm Schwung und Stoßkraft verlieh, nämlich die Ermöglichung einer dem Wesen und nicht nur dem Namen nach liberalen Politik nicht erreicht werden kann, solange die nationalliberale Partei sich nicht entschließt, der nach rechts gerichteten und auf eine Verständigung mit der Rechten, auf eine klerikal-konservativ-nationalliberale Sammlung hinarbeitenden Politik der Regierung mit Entschiedenheit entgegenzutreten und zu diesem Zweck zeitweilig auch in scharfe Opposition zu gehen. Vorläufig zeigt sie hierzu keine Neigung, sondern feiert in ihrer Presse die konservativen Seitensprünge der Regierung gelegentlich als die wahre nationalliberale Politik und läßt da und dort ihr eigenes Schifflein im Fahrwasser des neuen, nach rechts gerichteten Kurses treiben.

Um so gebieterischer tritt an unsere Partei die Forderung heran, den Kampf für die alten, freiheitlichen Gedanken des Liberalismus aufzunehmen, ihn auch ohne, wenn es sein muß, zeitweilig gegen die nationalliberale Partei zu führen und so von der guten altbadischen Tradition auch durch eine vielleicht nicht zu vermeidende Periode offener Reaktion hindurch für eine bessere Zukunft zu retten, was zu retten ist.

Die russische Marinemission in Frankreich.

„Frankreich scheut kein Opfer".

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

VA **Paris**, 22. Juni.

Der Admiral Russin, der Generalstabschef der russischen Marine, ist heute nach Toulon abgereist, wo er unter Führung des Admirals Boué de Lapeyrère die französische Flotte besichtigen und Schießübungen beiwohnen wird. Vor der Abreise gab es heute im Marineministerium noch ein Frühstück, bei dem in herzlichen Trinksprüchen die russisch-französische Allianz gefeiert wurde. Der französische Marineminister Gauthier sagte unter anderem: „Von Ihrem Besuche werden Sie, hoffe ich, den Eindruck mitnehmen, daß Frankreich vor keinem Opfer zurückscheut, um seinen Traditionen, seinen Bündnissen und seinen Freundschaften treu zu bleiben." Der Ministerpräsident Viviani und der Kriegsminister Messimy wohnten dem Frühstück bei.

Admiral Russin antwortete, es sei ihm eine angenehme Pflicht, dem Zaren die für Rußland so herzlichen und schmeichelhaften Worte zu überbringen, die der Präsident der Republik gestern an ihn gerichtet habe. Er freue sich, Gelegenheit gehabt zu haben, sich mit dem Konteradmiral, dem Leiter der obersten Marineschule, zu unterhalten. Mit Rücksicht auf das Interesse, das diese Unterhaltung in ihm erweckt habe, bitte er darum, sie nach seiner Unterredung mit dem Generalstabschef der Marine fortsetzen zu können. Russin wandte sich darauf an den Kriegsminister, sprach kurz über den Vorteil, den die russische Armee aus dem Studium der in der französischen Armee üblichen Methoden und Grundsätze gezogen hätte und drückte seine Bewunderung über den hohen Stand des militärischen Unterrichts aus, der in der obersten französischen Kriegsschule erteilt werde. Der Kriegsminister dankte und versicherte sein festes Vertrauen in die Tapferkeit der beiden Armeen, sowie seine Ueberzeugung, daß sie unter allen Umständen auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen würden, und daß ihre vereinte Macht der beste Bürge für die friedlichen Stimmungen sein werde, von denen die beiden verbündeten Regierungen stets beseelt sein würden.

Geheimrat Nernst über die Elektrizitätsversorgung Berlins.

Der Stadtverordnete Herr Selmar Solmitz hatte sich an den Direktor des physikalisch-chemischen Institutes, Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Nernst mit der Bitte gewandt, sich anläßlich der zurzeit schwebenden Verhandlungen über die Zukunft der Berliner Elektrizitätswerke zu äußern, „ob die Elektrizitätslieferung jetzt wirklich ein so einfacher Betrieb geworden sei, wie etwa die Wasserversorgung, oder ob auf jenem Gebiete noch ähnliche Entwickelungsmöglichkeiten liegen, wie sie zum Beispiel die drahtlose Telegraphie in so überraschender Weise während des letzten Jahrzehnts an den Tag gebracht hat." Geheimrat Nernst richtet daraufhin an Herrn Solmitz ein Schreiben, das dieser uns zur Verfügung stellt. In dem Briefe des Professors Nernst heißt es:

„. . . . Selbstverständlich sind Prophezeiungen über die künftige Entwicklung der angewandten Physik und Chemie immer unsicher, woselbst sich bekanntlich gegenwärtig das eigentliche Reich der unbegrenzten Möglichkeiten befindet; immerhin hat in den letzten Jahrzehnten jeder aufmerksame Beobachter der technischen Entwicklung konstatieren können, daß derartige Neuerungen nie ganz plötzlich sich eingeführt, daß vielmehr neue Erfindungen fast immer ihre Vorläufer gehabt und sich ziemlich allmählich Bahn gebrochen haben.

Man kann es daher wohl als sicher bezeichnen, daß in den nächsten zwei oder drei Jahren die Elektrizität für den Bedarf großer Städte auf dem bisherigen Wege, nämlich durch das System Dampfmaschine-Dynamomaschine vorwiegend erzeugt werden wird; blickt man aber in eine weitere Zukunft, so wird man wohl mit einem Aufgeben dieses Verfahrens rechnen müssen. Das erwähnte System setzt nämlich von der Energie der verbrannten Kohle nur etwa ein Fünftel in elektrische Arbeit um, während wir gegenwärtig theoretisch mit absoluter Sicherheit sagen können, da seine praktisch völlige Ausnutzung durchaus technisch möglich ist. Mit anderen Worten, vom theoretischen Standpunkte ist die gegenwärtige Methode der Elektrizitätserzeugung noch derartig unvollkommen, daß fundamentale Aenderungen hier anzustreben sind und wohl auch früher oder später in die Praxis eintreten werden.

Daß man elektrische Energie für die Zwecke der Beleuchtung oder Arbeitsleistung ohne Verwendung von Draht auf größere Entfernungen wird fortleiten können, muß allerdings noch unserem gegenwärtigen Wissen als gänzlich ausgeschlossen bezeichnet werden, und niemand braucht daher heute mit dieser Möglichkeit zu rechnen. Aber die direkte Umwandlung der chemischen Energie des Kohlenstoffes in elektrische Arbeit auf dem Wege des galvanischen Elements ist eine Methode, die theoretisch sich hervorragend empfiehlt, auch praktisch bereits durchführbar ist, wenn auch gegenwärtig die erforderlichen Vorkehrungen zu umständlich sind und einer zu raschen Abnutzung unterliegen. Daß aber ein Verfahren, welches pro Kilogramm Kohle die drei- bis vierfache Menge elektrischer Energie zu liefern vermag, auf die Dauer von der praktischen Anwendung im Großen ausgeschlossen bleiben wird, ist trotz der jetzigen enormen Schwierigkeiten wohl nicht zu erwarten. Eine glückliche Lösung der hier vorliegenden Aufgaben würde es übrigens ermöglichen, wenn vielleicht auch nicht in einzelnen Häusern, so doch in Häuserblocks, etwa in Anlehnung an die Zentralheizung, billige und dabei ökonomische Elektrizitätsanlagen zu schaffen.

Ich möchte nochmals betonen, im gegenwärtigen Augenblick sind wir von einer praktischen Lösung des Problems, Elektrizität auf elektrochemischem Wege billig zu gewinnen, meines Wissens noch ziemlich weit entfernt; niemand aber darf meiner Ueberzeugung nach diese Möglichkeit bei kommerziellen Berechnungen, die sich auf eine längere Zukunft erstrecken, ganz außer acht lassen.

Schließlich möchte ich noch auf eine andere Möglichkeit hinweisen, die in dem System Dampfmaschine-Dynamomaschine lediglich den ersteren Bestandteil — der zweite ist bereits als praktisch fast vollkommen zu bezeichnen — durch einen mehr ökonomisch arbeitenden Motor ersetzt. Bekanntlich haben in neuerer Zeit die Explosionsmotoren, speziell der Dieselmotor, in manchen Fällen die Dampfmaschine bereits verdrängt, und weitere Fortschritte erscheinen in dieser Richtung als höchst wahrscheinlich. Derartige Erfindungen sind aber weniger radikaler Natur, weil sie lediglich in den bereits bestehenden Zentralen der bisher benutzte Motor durch einen besseren zu ersetzen wäre. Auf der anderen Seite aber wird sich auf diesem Wege die hohe Oekonomie, welche das elektrochemische Verfahren liefern könnte, kaum erzielen lassen.

Daß eine große Elektrizitätsgesellschaft mit ihren mannigfachen kommerziellen und intellektuellen Hilfsmitteln dem Er-